



BERLINER RUNDSCHAU

Monatszeitung für Berlin

28. Jahrgang

6. Ausgabe

Juni 2002

UNION MIT GESCHLOSSENHEIT UND ZUVERSICHT

Auf zum Wahlsieg!

Die strategische und demoskopische Ausgangslage der Union war gut, die Organisation perfekt: Der Frankfurter Parteitag knapp 100 Tage vor der Wahl sollte den letzten rot-grünen Hoffnungsschimmer am Horizont vertreiben und das Regierungsprogramm der Union zum Strahlen bringen. Zur Freude aller wurden die hoch gesteckten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern bei weitem übertroffen. „Sie waren toll“, bedankte sich die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel in ihrem Schlusswort bei allen Delegierten. Vom Parteitag sei ein Signal der Geschlossenheit und der Kampfbereitschaft ausgegangen. Die Aufgabe aller in der CDU sei es jetzt, den Menschen klar zu machen, dass man mehr aus Deutschland machen könne als Rot-Grün. Kampfesmut hatte die CDU-Vorsitzende auch in ihrer Rede deutlich gemacht. „Wir sind kampfbereit für den Wahlkampf, wir sind handlungsbereit für die Regierungsübernahme, wir sind verantwortungsbereit für Deutschland“, rief Angela Merkel den begeisterten Delegierten zu. Im Anschluss an ihre Rede schenkte Hessens Ministerpräsident Roland Koch der CDU-Chefin mehrere Körbe voller Erdbeeren aus seinem heimischen Wahlkreis – mit einem Seitenhieb auf Rot-Grün: „Der Vorteil ist, Sie können das bisschen Grünzeug rausreißen und beim Rest dafür sorgen, dass Rotes weniger wird mit viel Genuss.“ Generalsekretär Laurenz Meyer gab in seiner Rede die Marschrichtung dafür vor: „Wir führen einen klaren Kompetenzwahlkampf. Es geht um die Frage, wer Deutschland besser regieren kann. Die Union hat hier mit ihrem Regierungsprogramm, ihrem Kompetenzteam und Edmund Stoiber die besseren Antworten zu bieten“, sagte er unter großem Beifall. Ein weiterer Höhepunkt des Parteitages war der Be-

such des amtierenden EU-Ratspräsidenten José María Aznar, der unter frenetischem Jubel der 1000 Delegierten an der Seite von Edmund Stoiber und Angela Merkel in die Frankfurter Festhalle einzog. Nachdem ihn die CDU-Chefin auf Spanisch begrüßte, revanchierte sich der spanische Ministerpräsident und rief in seiner teilweise auf Deutsch gehaltenen Rede das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters in Europa aus: „Jetzt seid Ihr dran, liebe Angela und lieber Edmund.“ Der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, stellte in einer kämpferischen Rede klar, dass eine unionsgeführte Bundesregierung das Regierungsprogramm nach dem 22. September „ohne Zögern und Zaudern umsetzen wird“. Mit stehenden Ovationen, La-Ola-Wellen und Edmund-Rufen applaudierten die Delegierten dem Kanzlerkandidaten über zwölf Minuten – ein neuer Rekord. Anschließend unterzeichneten Angela Merkel und Edmund Stoiber in einem symbolischen Akt das Regierungsprogramm von CDU und CSU, das zuvor einhellig von den Delegierten unterstützt worden war. Zum Abschluss traten die Mitglieder des Bundesvorstandes

auf das Podium und sangen gemeinsam mit allen Delegierten das Lied der Deutschen und verdeutlichten, dass alle in der Union in den kommenden drei Monaten weiter so geschlossen und tatkräftig für einen Wahlsieg kämpfen werden wie in der Vergangenheit.



Edmund Stoiber, José María Aznar und Angela Merkel

„Die Union spürt Rückenwind, fühlt sich getragen vom Wunsch der Wähler nach Wechsel. Die Bürger wissen, was ihnen nicht gefällt: schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, schwerkranke Krankenkassen, Abzockerei durch das Finanzamt.“
(Bild, 17. 6. 2002)

ZUWANDERUNG

Letzte Ausfahrt Karlsruhe?

Vor dem Bundesverfassungsgericht wird jetzt endgültig über das Zuwanderungsgesetz entschieden. Die Union lässt klären, ob Brandenburg trotz des Neins seines Innenministers Schönbohm dem Gesetz im Bundesrat zur Mehrheit verholfen hat. Wenn nicht, so die vorherrschende Meinung der Rechtswissenschaftler, dann würde dies zugleich eine kräftige Ohrfeige für den amtierenden Bundesratspräsidenten Woweriet bedeuten. Hatte er sich doch über die Ansicht seiner Rechtsberater hinweggesetzt und so das Gesetz den Bundesrat passieren lassen. Dass damals aus Sicht der SPD Eile geboten und ein Vermittlungsverfahren nicht gewünscht war, ist klar. Nach dem Wahlsieg der CDU in Sachsen-Anhalt hätte es selbst diese zweifelhafte Mehrheit im

Bundesrat nicht mehr gegeben. Nun werden erneut die Inhalte diskutiert. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller fasst die Situation mit einem Zitat des früheren SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt zusammen. Der hatte gesagt: „Wir haben unter idealistischen Vorstellungen ... viel zu viele Ausländer hereingeholt. ... Wir haben heute sieben Millionen Ausländer, die nicht integriert sind, von denen die wenigsten sich integrieren wollen, denen auch nicht geholfen wird, sich zu integrieren ...“

Letzte Ausfahrt Karlsruhe oder Stopp-Schild am 22. September?

Jetzt sitzen wir da mit einer sehr heterogenen, de facto multikulturellen Gesellschaft und werden damit nicht fertig.“ Diese Einschätzung Helmut Schmidts, so Mül-

ler, stehe in krassem Widerspruch zu den Inhalten des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes. Deshalb werde die Union im Falle eines Erfolges bei der Bundestagswahl eine Novellierung des Gesetzes mit dem Inhalt einer echten Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland unverzüglich vorlegen. Den Boxentopp verpasst hat anscheinend Otto Schilly. In seiner Reaktion auf die Unterzeichnung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten warnt er die Union davor, „Feuerchen anzuzünden, die nicht leicht zu löschen sind“. Er zumindest habe die Flammen des brennenden Asylbewerberheims in Rostock noch vor Augen (MoPo, 21. 06. 02). Darin offenbart sich allein das Interesse der SPD an einem Lagerwahlkampf, nicht aber der Wunsch nach einer sachlichen Diskussion über geregelte Zuwanderung und bessere Integration.

Dirk Reitze

Die Kritik der Union am Zuwanderungsgesetz

- Das Gesetz führt nicht zur Begrenzung der Zuwanderung sondern hat eine Ausweitung der Zuwanderung zur Folge.
- Ausländer sollen die Erlaubnis erhalten, sich ohne konkretes Arbeitsplatzangebot und ohne Bedarfsprüfung auf Dauer in Deutschland niederzulassen. Angesichts von rund vier Millionen Arbeitslosen besteht – von Spezialisten abgesehen – zurzeit kein Bedarf für weitere Zuwanderung nach Deutschland zu Lasten einheimischer Arbeitsloser.

- Das Gesetz trägt den Gesichtspunkten der Integration nicht Rechnung. Vorrang vor weiterer Zuwanderung muss die Integration der hier lebenden Ausländer haben.
- Durch eine Fülle von Ausnahmenvorschriften soll der Nachzug von Kindern bis zum 18. Lebensjahr möglich sein. Die PISA-Studie hat gezeigt: Ein möglichst früher Spracherwerb ist unerlässlich für eine sichere Zukunftsperspektive ausländischer Kinder in unserem Land. Das rot-grüne Gesetz erschwert die Integration statt sie zu fördern.

- Das Gesetz sieht vor, dass illegal eingereiste Ausländer alleine durch Zeitablauf ein Daueraufenthaltsrecht erwerben können. Dies widerspricht eklatant unserer Rechtsordnung.
- Das rot-grüne Gesetz weitet die Aufenthaltsrechte für Flüchtlinge über die Standards internationaler Vereinbarungen hinaus. Es setzt damit weitere Anreize für Armutsflüchtlinge aus aller Welt, nach Deutschland zu kommen.

Linke Bildungsmisere Seite 2

Stoiber ist gut für Berlin Seite 2

Partei als Werkbank der Ideen Seite 3

Love Parade Seite 4

Deutschland gewinnt

Damit Deutschland gewinnt. Daumen drücken, anfeuern, mitfiebern. Das ganze Land im Fußballfieber. Wer hätte es gedacht, dass die deutsche Nationalmannschaft bis ins Finale der Fußballweltmeisterschaft kommt. Dank der alten Fußballtugenden Mannschaftsgeist, Wille zum Erfolg und unermüdeltem Einsatz gepaart mit Spielwitz. Mochten die anderen die großen Fußballgötter gehabt haben, fast alle sind sie vom Olymp gestoßen. Kahns Mannen sind jetzt schon Helden. Wie hieß es früher „elf Freunde“. Was kann man nicht alles erreichen, wenn man hart arbeitet und einen eine Idee verbindet. Kein eitles Gehabe, keine Selbstdarsteller, die das gemeinsame Ziel der eigenen Show unterordnen. Es spricht vieles dafür, dass auch in der Politik bald wieder die Arbeiter vor den Showstars die Tore für Deutschland schießen. Lasst Schröder und Fischer im Seitenaus Interviews geben, während Stoiber und Merkel die Mannschaft führen. Damit Deutschland gewinnt.

GÜNTER NOOKE:

Von SPD beim Aufbau Ost nichts zu erwarten

Zum Vorschlag einiger SPD-Abgeordneter, Manfred Stolpe solle Ost-Minister werden, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer, Günter Nooke

MdB: „In der SPD sind jetzt die Irritationen beim Thema „Aufbau Ost“ vollends. Kanzler Schröder ist mit seiner „Chef-sache“ gescheitert. Nun wollen einige Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion den erfolglosen und deshalb von seinem Amt zurückgetretenen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe zum künftigen Ostminister küren. Das Vertrauen in Schröder und dessen Staatsminister Schwanitz ist bei den Ostabgeordneten der SPD offenkundig dahin. Diese zweifelhaften Personalschlüsse rund drei Monate vor der Wahl zeigen nur eins: Von der SPD ist zum Aufbau Ost nichts Substantielles mehr zu erwarten. Es ist längst Zeit für einen neuen Kurs.“



Günter Nooke